



Prof. Dr. Hartmut Häußermann

# Politisches Vertrauen und Partizipation

**Partizipation erfüllt das Verlangen der Bürger, jenseits der in großem Abstand stattfindenden Wahlen auf die Entscheidungen von staatlichen Organen Einfluss zu haben. Im Laufe des 20. Jahrhunderts ging es dabei vor allem um die Begrenzung und die Kontrolle von institutioneller Macht. In der postmodernen Politik dagegen wird Partizipation zunehmend von den staatlichen Institutionen gewünscht – das ist das Resultat sowohl von gewandelten Problemen als auch einer veränderten Rolle des Staates. Partizipation kann allerdings nicht das generelle Vertrauen ersetzen, auf das demokratische Institutionen angewiesen sind. Die Unterschiede im politischen Vertrauen zwischen vier Städten und die Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen privilegierten und unterprivilegierten Stadtteilen werden abschließend in diesem Beitrag diskutiert.**

Die theoretische Konstruktion der liberalen Demokratie fußte auf der Vorstellung, dass freie Bürger die öffentlichen Angelegenheiten diskutieren und darüber mehrheitlich getragene Entscheidungen treffen. Ihre privaten Angelegenheiten sollten Privatsache bleiben. Man muss daran erinnern, dass die Konstruktion einer parlamentarischen Demokratie gegen die Willkür des absolutistischen Staates gerichtet war, dass die Forderung nach einer Beteiligung der Bürger an der Gesetzgebung eine Einschränkung der staatlichen Gewalt zum Ziel hatte. Der Bürger (damals wirklich nur männlich!) verfügte über ein ausreichendes Privatvermögen, das ihm eine unabhängige Existenz sicherte – und daraus schöpfte er auch jenes Selbstbewusstsein, das zu den bürgerlich-revolutionären Forderungen nach einer Begrenzung des staatlichen Einflusses führte.

Bürgerinnen und Bürger sind heute nur noch in Ausnahmefällen ökonomisch so unabhängig, dass sie ohne staatliche Sicherungssysteme ihre Existenz dauerhaft selbständig organisieren könnten. Die Verflechtung zwischen Staat und Gesellschaft ist so weit fortgeschritten, dass der Staat nahezu omnipräsent geworden ist. In der heutigen Diskussion über die Ausgestaltung einer bürgernahen Demokratie geht es nicht mehr darum, einen Freiraum für die ungestörten Aktivitäten vermögender Bürger zu erkämpfen, sondern darum, mehr Einfluss zu gewinnen auf die Ausgestaltung der staatlichen Aktivitäten – und Wege dafür zu finden, wie Bürger und Staat besser kooperieren können.

In der unüberschaubar gewordenen Verflechtung zwischen Staat und Zivilgesellschaft genügt es nach allgemeiner Überzeugung nicht mehr, wenn über allgemeine Wahlen Vertreter in Parlamente gewählt werden, die dann versuchen, über die Gesetzgebung das Handeln der Exekutive zu steuern. Vielmehr müssen die Maßnahmen der Exekutive einer direkten Kontrolle und Mitbestimmung unterworfen werden, wenn von den Bür-

gern ein tatsächlicher Einfluss ausgehen soll – und dies ist deshalb notwendig, weil eben immer mehr Lebensbereiche von staatlichem Handeln durchdrungen sind.

## Apathie oder Partizipation

Die Diskrepanz zwischen dem relativ schwachen Einfluss, den die Bürger über Wahlen in vierjährigem Abstand auf konkrete staatliche Handlungsbereiche haben, und dem gewachsenen Einfluss, den der Staat in sämtlichen Lebensbereichen im Laufe des 20. Jahrhunderts gewonnen hat, ist die Grundlage für politische Apathie oder Resignation, die heute allenthalben beklagt wird, und für jene Entfremdung vom politischen System bzw. für die Politikverdrossenheit, die sich in sinkender Wahlbeteiligung vor allem bei den Kommunalwahlen äußert.

Im Gegensatz zu diesen Tendenzen einer Abwendung von der Politik steht das gewachsene Interesse an direkter Beteiligung in lokalen Angelegenheiten. Die lokale Ebene ist ja typischerweise diejenige, auf die sich Partizipationsbegehren richten – und die zunehmende Bürgerbeteiligung wird für die lokale Politik im 21. Jahrhundert von größter Bedeutung sein. Die Partizipationswünsche kommen dabei nicht mehr nur von einer Seite: Nicht nur das Verlangen nach mehr Demokratie seitens der Stadtbürger, sondern auch das Verlangen nach mehr Engagement seitens der Politik und der Verwaltung bestimmen die Entwicklung von Beteiligungsanlässen und -formen.

Angefangen hat es mit Machtkämpfen. Die Überzeugung, dass man die Planer und die Verwaltung nicht einfach machen lassen könne, was sie wollen, wuchs in den 60er Jahren einerseits in bürgerlichen Kreisen, die sich für den Schutz historischer Bausubstanz gegen den Erneuerungsfurore der Stadtsanierung wandten, andererseits in studentischen Milieus, die die historische Bausubstanz vorwiegend deshalb bewahren wollten, weil es dort billige Wohnungen und ein anregendes Wohnumfeld gab. Das erste Partizipationsbegehren entstand also aus dem Widerstand gegen modernistische Stadtzerstörung.

Aufgeklärte Lokalpolitiker erkannten bereits damals das Potenzial, das in diesem Widerstand steckte: Die Beteiligung der Bewohner bei der Planung der Stadterneuerung schuf eine erheblich bessere Grundlage für deren Implementierung als die technokratische Planung von oben. Die Legitimationsbasis wurde dadurch ebenso erweitert wie die Informationen über soziale Zusammenhänge und mögliche Hindernisse verbessert wurden. Daher wurden die Beteiligung von „Betroffenen“ auch in die Routine der planenden Verwaltung und in die gesetzlichen Grundlagen für die Bauleitplanung aufgenommen.

Nicht nur finanzielle Probleme, aber auch diese stießen neben einer Kritik am „Staatsversagen“ und an der Unflexibilität staatlicher Gesellschaftspolitik grundsätzliche Überlegungen zum



Neuarrangement des Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft an: Der „mündige Bürger“ sollte nicht mehr länger nur Kunde staatlicher Einrichtungen oder Fürsorgeempfänger sein, sondern selbst an der Produktion von Dienstleistungen mitarbeiten. Nicht Partizipation, sondern Koproduktion nannte sich dieses Konzept, das vor allem in den Bereichen von Erziehung und Gesundheit wachsende Aufmerksamkeit und Anerkennung fand.

## Partizipation im schlanken Staat

Eine gänzlich neue Definition erfährt die Bürgermitwirkung bzw. -beteiligung in jüngerer Zeit dadurch, dass die Erreichung staatlicher Ziele von der Mitarbeit oder vom Engagement der Bürger abhängig gemacht wird. Dies ist überall dort der Fall, wo die Lösung von Problemen weder eindeutig bestimmbar noch ihre Realisierung allein mit Geld oder Anordnung sicherzustellen ist. Die klassischen Medien politischer Steuerung – Geld und Recht – versagen vor Aufgaben, die sich mit dem Ende der Industriegesellschaft und mit dem Ende der fordistischen Steuerung in den Städten stellen. Es geht ja nicht mehr nur darum, ökonomischen Aktivitäten, die in die Stadt drängen, geeignete Orte zuzuweisen und diese mit der notwendigen Infrastruktur zu versehen, sondern heute und in Zukunft geht es auch darum, wie leer gefallene Gebäude oder Flächen wieder belebt, wie anscheinend überflüssig gewordene Bevölkerung mit Beschäftigung versorgt, wie die Bildungsreserven in den abgehängten Stadtvierteln mobilisiert und wie die wachsende Zahl von Migranten integriert werden können. Das alles lässt sich nicht von oben durch Blaupausen regeln – zumal da auch noch das Geld, das dafür notwendig wäre, nur in bei weitem nicht ausreichendem Maße vorhanden ist. Nichts weniger als ein Wunder wird verlangt: Aus Problemen müssen Ressourcen werden.

Das Begehren nach mehr Partizipation, das als Erfüllung des Wunsches nach mehr Kontrolle gedacht ist, trifft auf ein Angebot zur Beteiligung und zum Engagement, das die Bürger eher als Mitarbeiter (Koproduzenten) im Sinn hat – nach der simplen Formel: Der Staat kann das nicht (mehr) machen, also machts doch selbst. Die Suche nach einem neuen Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Staat ist also von Ambivalenzen und möglichen Missverständnissen belastet.

Die Forderung nach Mitbestimmung oder nach direkter Demokratie kommt aus den gebildeteren Schichten, und dort, wo diese vorwiegend wohnen, entfaltet sich ja in der Regel auch ein bunter Reigen von verschiedenen Formen der Partizipation und von Eigenaktivitäten im Bildungs- oder Kulturbereich. In die Quartiere, wo die Mehrheit der Bewohner keinen höheren Schulabschluss hat, ja zum Teil gar nicht lesen und schreiben kann, wird das Angebot zur Beteiligung von Profis getragen, die das Quartiersmanagement bilden – und sie haben in der Regel die größten Probleme, Leute zu finden, die diese Angebote wahrnehmen wollen. In der segregierten und politisch fragmentierten Stadt wird die politische Repräsentation der Quartiere, in denen die Verlierer der Modernisierung leben, prekär.

## Vertrauen und politische Repräsentation

Wir sind in einem Forschungsprojekt in vier Städten diesem Problem nachgegangen.<sup>1</sup> Einige Befunde dazu möchte ich im Folgenden vorstellen.

Mit der räumlichen Konzentration von Bevölkerungsgruppen, die aufgrund ihrer marginalen Position am Arbeitsmarkt und aufgrund des Wandels sozialstaatlicher Sicherungssysteme ins soziale Abseits geraten, ist die Gefahr einer dauerhaften Ausgrenzung verbunden. Ausgrenzung bedeutet den Ausschluss aus verschiedenen Teilbereichen der Gesellschaft und soziale Isolation. Diese Quartiere weisen in den Großstädten Westdeutschlands und in Berlin regelmäßig auch hohe Anteile von Migranten auf. Daraus ergeben sich einerseits brisante Konfliktsituationen, andererseits finden sich Anzeichen dafür, dass sie auch in der Aufmerksamkeit der Stadtpolitik an den Rand geraten. Die Distanz zwischen der „offiziellen Politik“ und den marginalisierten Quartieren wird möglicherweise dadurch noch größer, dass das politische Vertrauen in die kommunale Politik und das Gefühl, von ihr repräsentiert zu werden, bei den Bewohnern weiter abnimmt und so die Beziehungen zwischen diesen Gebieten und den übrigen Teilen der Stadt weitgehend abreißen. Es entsteht eine Partizipationslücke.

Soziale Gemeinschaften innerhalb demokratischer Staatsstrukturen sind durch eine *Verbundenheit trotz Differenz* gekennzeichnet. Die demokratischen Regeln ermöglichen die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher sozialer Gruppen jenseits allgemein verbindender Werte und jenseits eines rein marktgesteuerten Austausches. Regeln alleine machen allerdings noch keine Demokratie, sie benötigen einen rudimentären Grundkonsens, der oft als Grundlage für eine „lebendige Demokratie“ bezeichnet wird.

Demokratische politische Systeme sind nur funktionstüchtig und stabil, wenn die formalen Strukturen und Institutionen in einen entsprechenden Einstellungs- und Vertrauenshintergrund eingelagert sind. Das Fehlen von politischem „Urvertrauen“ kann auch nicht durch einzelne Partizipationsangebote kompensiert werden.

Aufgabe des politischen Systems ist es, gesellschaftliche Forderungen in bindende Entscheidungen umzuwandeln. Dies setzt ein gewisses Maß an Unterstützung seitens der Bürger voraus, ein Engagement, das durchaus auch kritisch sein kann. Apathie aber wäre der Tod der Demokratie.

Unterstützung wird zunächst *spezifisch*, als direkte Belohnung bzw. Anerkennung der Leistungen von Autoritäten gewährt. Das allein genügt jedoch nicht, um ein demokratisches System auch in Krisenzeiten stabil zu halten. Dazu bedarf es zusätzlich einer *diffusen Unterstützung*, denn nicht zu jeder Zeit können Angebote an die Bürger gemacht werden, auf die sie mit politischer

<sup>1</sup> Das Projekt „Repräsentation und politische Integration in der fragmentierten Stadt“ wurde vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Rahmen des Projektverbundes „Stärkung von Integrationspotentialen einer modernen Gesellschaft“ gefördert und mit Kathrin-Luise Läser und Jens Wurtzbacher als wissenschaftlichen Mitarbeitern realisiert (für weitere Informationen siehe: [http://www2.hu-berlin.de/stadtsoz/forschung/fp\\_08.php](http://www2.hu-berlin.de/stadtsoz/forschung/fp_08.php)).

Loyalität reagieren. Die diffuse Unterstützung gilt dem politischen System als Ganzem, die spezifische Unterstützung einzelnen Parteien oder Repräsentanten.

Da politische Resignation vor allem bei sozial marginalisierten Bewohnern vermutet wird, fragen wir zunächst nach der Wahrnehmung politischer Einflussmöglichkeiten dieser Bewohnergruppen. Führt die wachsende sozioökonomische Polarisierung bei den marginalisierten Bewohnern zur politischen Resignation und Apathie oder zu stärkeren Partizipationsforderungen?

Die Untersuchung basiert auf quantitativen Daten, die mittels einer telefonischen Bewohnerbefragung in benachteiligten Stadtquartieren in Köln, Leipzig, Mannheim und Berlin erhoben wurden. Innerhalb dieser Städte wurde anhand sozioökonomischer Indikatoren jeweils das am stärksten marginalisierte Gebiet abgegrenzt. Gefragt wurde nach Einstellungen zum Institutionenvertrauen auf der lokalen Ebene und nach der politischen Repräsentation der Quartiere.

Die Bedeutung der Kommunen für eine bürgernahe, partizipative und effektive Demokratie wird immer wieder beschworen. Die Probleme erscheinen verständlicher, die Institutionen weniger weit entfernt und die Einflussmöglichkeiten größer. Die Kommunen sind wichtige Träger der Demokratie, weil sie in überschaubaren Zusammenhängen Prozesse nachvollziehbar machen und viele Möglichkeiten zur Mitwirkung bieten. Die *partizipatorische Revolution* der siebziger Jahre hat den Kommunen in der Demokratietheorie den Ruf eines exponierten Ortes von Bürgerinitiativen, städtischem Protest und neuen sozialen Bewegungen eingetragen. Im Zuge des Umbaus des Sozialstaates gewann die Kommune als politische Arena außerdem durch Debatten über zivilgesellschaftliches Handeln, soziales Kapital sowie bürgerschaftliche Selbstorganisation und Selbstverwaltung

an Bedeutung. Alle normativen Debatten über die Notwendigkeit zivilgesellschaftlichen Handelns und bürgerschaftlicher Selbstorganisation schweben allerdings so lange im freien Raum, solange unklar ist, inwiefern hierfür überhaupt Voraussetzungen bei den Stadtbewohnern vorhanden sind. Ohne Vertrauen in die institutionalisierten Mechanismen kann die kommunale Ebene kaum wesentliche Integrationswirkungen entfalten.

## Ein Stadtvergleich

Das *politische Vertrauen* besteht in einer generellen bzw. diffusen Unterstützungsbereitschaft gegenüber den politischen Institutionen und Entscheidungsprozessen. Das spezifische Vertrauen stützt sich auf die generelle Zufriedenheit der Stadtbewohner mit der Kommunalpolitik; wir haben deshalb danach gefragt, welchen Institutionen am ehesten zugetraut wird, die anstehenden Probleme befriedigend zu lösen.

Dabei zeigten sich erhebliche Unterschiede zwischen den Städten. In Berlin zeigten lediglich 25 Prozent der befragten Bürger mit der kommunalen Politik „zufrieden“, in Leipzig dagegen 75,7 Prozent. Dazwischen liegen Köln, das von einem nicht enden wollenden politischen Skandal erschüttert wurde, und Mannheim, das keine Auffälligkeit zeigte. Die extrem positive Bewertung in Leipzig geht auf das hohe Ansehen zurück, das der damalige Oberbürgermeister und heutige Bundesbauminister Tiefensee genoss.

Das Maß an Vertrauen verteilt sich in den Städten auf die unterschiedlichen Institutionen tendenziell gleich. Über Stadt- und Stadtteilgrenzen hinweg genießen die Oberbürgermeister allerdings überall deutlich höheres Vertrauen als die übrigen Kommunalpolitiker und die Parteien.

### Sozialdaten und Wahlbeteiligung von privilegierten und marginalisierten Quartieren in vier deutschen Großstädten (Zeitraum 2002/2003)

	Einwohner	Ausländeranteil in %	Arbeitslosenquote	Sozialhilfedichte	Wahlbeteiligung der letzten Kommunalwahl in %
<b>Köln</b>	<b>1.020.116</b>	<b>17,8</b>	<b>12,3</b>	<b>6,4</b>	<b>45,8</b>
Chorweiler	14.711	39,4	22,7	23,3	24,3
Marienburg/Hahnwald	8.105	15,0	8,1	2,8	57,9
<b>Berlin</b>	<b>3.340.887</b>	<b>13,1</b>	<b>10,9<sup>1</sup></b>	<b>8,2</b>	<b>65,5</b>
Wedding	22.406	34,6	16,0	20,9	55,1
Zehlendorf-Mitte	25.408	7,0	4,8	2,9	76,9
<b>Leipzig</b>	<b>519.420</b>	<b>4,7</b>	<b>19,8</b>	<b>5,7</b>	<b>42,2</b>
Osten	17.341	10,5	20,1	12,7	31,5
Gohlis-Süd	13.740	6,8	10,8	6,2	41,8
<b>Mannheim</b>	<b>323.836</b>	<b>20,4</b>	<b>7,2</b>	<b>5,8</b>	<b>37,2</b>
Schönau	14.396	22,7	11,6	13,5	29,0
Oststadt	13.626	12,4	4,3	2,6	35,5

<sup>1</sup> Für Berlin ist aus Gründen der Verfügbarkeit nicht die Arbeitslosenquote, sondern der Arbeitslosenanteil an der Erwerbsbevölkerung (15-65-Jährige) in Prozent angegeben.



Das politische Vertrauen ist im Allgemeinen höher, je stärker die soziale Position einer Person ist. Alter und das Abitur als Schulabschluss haben eine signifikante Bedeutung. Je älter die Personen und je höher die Schulabschlüsse der Bewohner sind, desto mehr Vertrauen setzen sie in die Kommunalpolitik. Daher ist das Vertrauen in die Kommunalpolitischen Institutionen in den privilegierten Quartieren auch höher als in den marginalisierten.

In gewisser Weise bestätigt sich hier die These, dass Vertrauen zwischen den Mitbürgern eine positive Voraussetzung für die Generalisierung des politischen Vertrauens ist. Dass politisches und soziales Vertrauen zusammenhängen, ist ein Hinweis auf ein komplexes Einstellungssyndrom, in dem sich Sicherheits- oder Unsicherheitsgefühle hinsichtlich des sozialen Nahraums aus verschiedenen Quellen mit den politischen Einstellungen verbinden.

Dies ist ein wichtiger Befund, der Anlass gibt, vor allzu raschen Erfolgen zu warnen, die von Interventionen wie Quartiersmanagement oder „aktivierenden Befragungen“ erwartet werden. Wer auf dem Arbeitsmarkt oder im Umgang mit Behörden demütigende und deprimierende Erfahrungen gemacht hat, lässt sich nicht so ohne weiteres „aktivieren“. Misstrauen und Enttäuschung, die aus sozialem Misserfolg oder Abstieg resultieren, sitzen tief und begründen eine Einstellungssyndrom, das auf keinen Fall durch oberflächliche Retuschen korrigiert werden kann. Wer nach Partizipation verlangt, tut dies in der Regel wohl aufgrund der Erfahrung, dass er etwas durch eigene Anstrengung erreichen kann. Wer nie etwas erreicht hat, wird auch in Partizipationsangebote keine großen Hoffnungen setzen. Und das schlägt sich auch in der Einschätzung nieder, wie der Stadtteil, in dem man wohnt, im politischen Entscheidungsprozess vertreten wird.

Wie bewerten die Bewohner städtischer Quartiere die Aktivitäten der Kommunalpolitiker bzw. inwiefern sind sie der Ansicht, dass die Interessen des jeweiligen Stadtteils angemessen vertreten werden? Da die Mitglieder der Stadträte nicht als Vertreter von Stadtteilen gewählt werden, sondern als Repräsentanten, die das Interesse der gesamten Stadt im Sinn haben sollen, ist dies eine offene Frage.

Die Bewohner von privilegierten Quartieren sehen ihren Stadtteil deutlich besser repräsentiert als die Bewohner der marginalisierten Quartiere. Aber auch in den marginalisierten Gebieten ist noch über die Hälfte der Befragten der Meinung, dass man sich um die wichtigsten Probleme ihres Stadtteils kümmern, allerdings nicht genügend. Völlige Hoffnungslosigkeit gegenüber der Politik – wie sie als typisches Problem für die abgehängten Gebiete in den französischen Banlieues beschrieben werden – finden wir also in den deutschen Städten nicht. Bei der Mehrheit besteht Hoffnung, und dies ist eine Grundlage, an die eine integrative Stadtpolitik anknüpfen kann.

sammensetzung erheblich (vgl. Tabelle). Je größer die sozialen Probleme, desto niedriger die Wahlbeteiligung. Nimmt man noch den ebenfalls hohen Anteil an ausländischer – und deshalb nicht wahlberechtigter – Bevölkerung hinzu, der für die marginalisierten Quartiere typisch ist, dann ergibt sich ein tiefer Graben bei der politischen Partizipation zwischen den privilegierten und den marginalisierten Gebieten.

Eine bedeutsame Rolle für das politische Vertrauen spielt die Einbindung in Netzwerke. Bewohner mit hohem sozialem Vertrauen zu den übrigen Quartiersbewohnern und Mitglieder einer Kirche sehen ihr Quartier eher als gut repräsentiert als Bewohner mit niedrigem sozialem Vertrauen und solche, die nicht in einem Verein oder einer Kirche Mitglied sind. Die Sicht auf politische Ereignisse, das Erleben politischer Aufmerksamkeit ist offenbar von der sozialen Einbettung der Befragten abhängig und bleibt immer mit der ganz persönlichen Lebenssituation verknüpft. Dies ist deshalb ein bemerkenswerter Befund, weil der Zusammenhang auch „rückwärts“ gedacht werden kann: Politisches Vertrauen wird eher wachsen, wenn es gelingt, die Bewohner zur Mitarbeit oder zur Mitgliedschaft in Netzwerken bzw. lokalen Organisationen zu motivieren.

Wenn in den Projekten des Programms „Soziale Stadt“ über das Desinteresse und die fehlende Bereitschaft zur Beteiligung bei den Bewohnern vielfach geklagt wird, dann ist dies zu bedenken: offenbar ist das Ausdruck von fehlender sozialer Einbettung, von Enttäuschung und Diskriminierungserfahrung. Das führt insgesamt zu eher abwartenden oder resignativen Einstellungen. Durch Angebote zur Partizipation oder gar durch die Aufforderung zur „Aktivierung“ ist dieser Zusammenhang wohl kaum zu durchbrechen. Für die Partizipation, die zur Integration führen soll, ist die Integration Voraussetzung. Ein fataler Kreislauf, der insbesondere für die politische Teilhabe von Jugendlichen von hoher Bedeutung ist.

Insbesondere Migranten werden bisher von Beteiligungsangeboten kaum erreicht. Sprachprobleme, Distanz zu staatlichen Akteuren und mangelnde Erfahrung sind plausible Erklärungen. Aber bei ihnen ist es meist nicht die mangelnde soziale Einbettung, die sie von der politischen Sphäre fern hält, sondern eher die starke Einbettung in ein Milieu, das insgesamt nur sehr lose mit dem politischen System verbunden ist.

Fern vom Arbeitsmarkt, fern vom Bildungssystem, fern von politischer Partizipation – das ist ein innerlich verwobener Zusammenhang, der nicht (nur) von seinem Ende her aufgezwickelt werden kann. Nur eine integrierte Bildungs-, Integrations- und Stadteilpolitik wird die Grundlagen für jene Partizipation legen, auf die unsere Städte im 21. Jahrhundert angewiesen sein werden.

Prof. Dr. Hartmut Häußermann

Lehrstuhl für Stadt- und Regionalsoziologie, Humboldt-Universität Berlin

## Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung, ein Indikator für politische Integration, variiert zwischen den Quartieren mit unterschiedlicher sozialer Zu-